

Schuhmacher-Fachblatt

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands
und Publikationsorgan der Zentral-Franken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Nr. 35

Erscheint jeden Sonntag.
Abonnementpreis: 2,50 Mk. für das Vierteljahr.
Su beziehen durch alle Postämter.

Gotha, 29. August 1920

(Erscheinung: Nr. 174.)

3 Serate kosten 75 Pfg. die einseitige Zeitgele.
Bei Wiederholungen Rabatt. - Stellen-
vermittlung-Anzeigen für Mitglieder 10 Pfg.

34. Jahrg.

Betriebsräte-Kongress des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes.

An unsere Ortsverwaltungen.
Werte Kollegen!

Auf Grund eines Beschlusses des geschäftsführenden Ausschusses und des Beirates der gewerkschaftlichen Zentralen des Betriebsräte findet in der Zeit vom 4. bis 6. Oktober dieses Jahres in Berlin ein Kongress der Betriebsräte statt. Tagungsort: „Neue Welt“, Volens-

Nach den seitens des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vorgenommenen Einteilungen entfallen auf unseren Verband nur elf Delegierte. Um zu erreichen, daß jeder Bezirk mit mindestens einem Delegierten vertreten ist, hat der Vorstand beschlossen, daß elf Mandate auf die einzelnen Bezirke wie folgt zu verteilen.

Bezirke 1 bis 11: je ein Mandat. Bezirksleiter 1 bis 11: je ein Mandat. Die einmündigen Bezirksleiter sind seitens des Vorstandes mit dem 11. September an die zuständigen Bezirksleiter einzuladen. Später einkommende Vorschläge können nicht mehr berücksichtigt werden.

Jeder Bezirk kann nur einen Kandidaten in Vor- schlag bringen. Die einmündigen Bezirksleiter sind seitens des Vorstandes nach der Reihenfolge der Eingänge zu einer Vorklassifizierung zusammenzufassen und bis spätestens den 16. September an die Stellen mit den Vorklassifizierungen zu versenden.

Die Wahl der Delegierten hat durch Stimmzettel zu geschehen und ist an einem der Tage vom 19. bis 22. September vorzunehmen. Wahlberechtigt und wählbar sind nur die Betriebsratsmitglieder, Ortskassen und Ortsverwaltungsmitglieder, soweit dieselben dem Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands angehören.

Bei der Wahl entscheidet die einfache Majorität. Das Wahlergebnis, welches von mindestens zwei Mitgliedern der Ortsverwaltung unterschrieben und mit dem Stimmzettel-Stempel versehen sein muß, ist bis spätestens den 23. September an die zuständige Bezirksleitung einzuliefern. Nach dem 23. September eingehende Resultate können nicht mehr berücksichtigt werden.

Die Bezirksleitungen haben bis spätestens den 23. September die eingegangenen Wahlresultate zusammenzustellen. Als gewählt gilt Stimmzahl (bisherigen) Kollegen), welcher die höchste Stimmzahl des gesamten Bezirkes auf sich vereinigt hat. Nach erfolgter Feststellung des Wahlergebnisses hat der Bezirksleiter, die ihm seitens des Vorstandes bis dahin zugefandene Mandate auszufüllen und sofort an die gewählten Kollegen bzw. die betreffende Zahlstellen zu versenden.

Besondere Wahlprotokoll-Formulare werden seitens des Vorstandes nicht ausgegeben. Jedoch hat der Bezirksleiter an den Vorstand die Namen der gewählten Delegierten und der betreffenden Zahlstelle umgehend mitzuteilen.

Kunzeberg, den 17. August 1920.

Der Vorstand: J. K. R. Sez.

Die europäische Krise und das Proletariat.

Das gefährdende Wetterleuchten im Osten, das denjenigen in den Suitagen 1914 verweilt ähnlich ist und uns in einen neuen Weltkrieg hineinzuziehen droht, erweckt jetzt in den weitesten Kreisen das größte Interesse. Am meisten interessiert an diesen Vorgängen ist jedoch das internationale Proletariat, denn es ist ja der leidtragende Teil, der die größten Opfer im Falle eines Krieges zu bringen muß. Auch das deutsche Proletariat muß auf dem Spiel sein und durch die strikteste Verteidigung der

Neutralität dafür Sorge tragen, daß es nicht wieder von dem kolossalen Militarismus ergriffen wird. Im Bunde mit den englischen, französischen, italienischen und schweizerischen Arbeitsbrüdern muß es versuchen, in neuen Ansturm des internationalen Imperialismus abzumachen.

Die Kompliziertheit der inneren und äußeren Lage schreibt der deutschen Arbeiterklasse eine Taktik vor, die nicht von Gefühlsmomenten, sondern von reiflicher Überlegung geleitet wird. Folgende Ziele müssen im Augenblick verfolgt werden: Lückenlose Durchführung des Konkotts der Militär- und Waffentransporte für Polen; Zusammenfassung aller proletarischen Organisationen zu gemeinsamen Aktionen, Aufrüstung der breiten unorganisierten Massen unter Hinweis auf die drohende innere und äußere Gefahr; schärfste Abgrenzung von der nationalstaatlichen und nationalsozialistischen Propaganda; Kampf um die uneingeschränkte Neutralität Deutschlands mit allen Mitteln, die dem Proletariat zur Verfügung stehen, gleichzeitig aber schärfste Zurückweisung aller patriotischen Aktionen, die nur zu äußeren Vermordungen und innerpolitischen Katastrophen führen können.

Eine Verränderung der weltpolitischen Situation würde selbstverständlich auch eine Verränderung in der Taktik des deutschen Proletariats bewirken. Im jetzigen Augenblick jedoch kann das deutsche Proletariat keine Unterstützung Sowjetrusslands nicht wirksamer zum Ausdruck bringen, als indem es mit revolutionären Mitteln für die Umwandlung der papierernen Neutralität der Regierung in eine tatsächliche Neutralität wirkt und seine Kräfte zusammenfaßt für jene entscheidende Kämpfe, die durch den Gang der Ereignisse in nächster Nähe gerückt werden können. Durch diese Haltung vertritt es am zweckmäßigsten die internationale proletarische Solidarität und die Interessen der weiteren Entmicklung der sozialen Revolution in Deutschland und allen anderen Ländern.

Wohin treiben wir?

Nach Beendigung des Weltkrieges aimete das Volk auf und hoffte, daß trotz allem Elend, das vorhanden war, nun doch allmählich eine bessere Zeit und bessere Verhältnisse eintreten würden. Man hoffte, daß bei geordneten Zuständen dem Wucher- und Schieberlump das Handwerk gründlich gelegt, daß mit der Sozialisierung begonnen werde und daß dem Kapitalismus die Fänge beschnitten würden, um zu verhindern, daß er noch länger das Volk ausraube. Der Militarismus, der Zwillingbruder des Kapitalismus, welcher das Volk in dieses Chaos von Not und Elend gestürzt hatte, lag zerstückelt am Boden und hätte sich nur sehr schwer erholen können, wenn nicht die Kapitalisten und deren politische Halbbrüder ihn wieder aufpäppelt hätten. Heute ist im Deutschen Reich der Militarismus wieder Trumpf. Regierung und Behörden können sich nur durchsetzen, indem sie den Militarismus und deren politischen Handlangern beliebt. Entweder sabotieren sie deren Anordnungen oder arbeiten direkt dagegen. Vor dem Kriege kostete der Militarismus dem deutschen Volke jährlich circa 1 1/2 Milliarden (Bevölkerung 800 000 Mann), jetzt hat er pro Jahr 4 Milliarden verschlungen und zwar zu einer Zeit, wo der wirtschaftliche Chaos, das sich gar nicht übersehen läßt, vor Augen führt, wenn nicht größte Sparmaßnahme (alle) Wir haben bei dem geringen Soldatenstand (100 000 Mann), die in nächster Zeit auf 100 000 laut Friedensvertrag ermäßigt werden müssen, noch 56 amtierende Generale und 790 Stabsoffiziere, 42 000 Pferde, so daß jeder zweite Mann ein Pferd hat! Die Gelder werden geradezu verschwendet.

Das Wucher- und Schieberlump steht unter den Augen der Regierung wahrer Orgien. Fettenmazzi auf der einen

und bitteres Elend auf der anderen Seite ist die Folge. Die Preise der notwendigsten Nahrungsmittel steigen mit Hilfe dieser Regierung zu nie geahnten Preisen von schwindelhafter Höhe.

Mit Recht schreibt ein sozialistisches Blatt: „Immer wieder ist von der sozialistischen Presse, den Gewerkschaften und parlamentarischen Vertretern nachdrücklich darauf hingewiesen worden, daß die Bereinigung des arbeitenden Volkes, die eine unmittelbare Folge der sozialen Unordnung ist, unter der wir leben, nicht ohne schwere Rückwirkung auf die geistige Verfassung der Arbeiterklasse bleiben könne. Wenn wir von vereinzelten Ausschreitungen dieser Art lesen, dann können wir höchstens darüber, daß unser Volk noch so stark und innerlich gesund geblieben ist, um ein bescheidenes Geschenk zu einem Einmischerkommis zu machen. Schört denn nicht eine übermenschliche Geduld dazu, mit anzusehen, wie einzelnen Schichten der Gesellschaft alle Güter in Hülle und Fülle zur Verfügung stehen, während die Massen des Volkes unter einer kaum zu übersehenden Not leiden? Ist nicht die ganze, der sozialistischen Auffassung zu verdankende, Einigkeit der Zweckmäßigkeit von Vorkäufen und Redellen, notwendig, um sich nicht immer erneut dagegen zu empören, daß Fabriken für Bekleidungsstücke, Kleiderstoffe und Schuhwerk geschlossen werden oder mit verkürzter Schicht arbeiten, während Arbeitskräfte und Produktionsmittel vorhanden sind und der Mangel an diesen Waren bereits katastrophal zu werden beginnt? Welche heroischen Widerstände muß der Arbeiter und die Arbeiterin, deren Kinder halbverhungert und unterernährt umherlaufen, den nur zu natürlichen Instinkten der Auflehnung, der Zerstörung entgegengehen, wenn sie leben, daß von Woche zu Woche die Kosten der Lebenshaltung emporschnellen, während eine auf die Hälfte oder zwei Drittel verringerte Arbeitszeit kaum die notwendigsten Mittel zur Beschaffung der nicht im entferntesten zureichende rationierten Lebensmittel liefert?“

In diesen Verhältnissen liegen die Ursachen einer oft fessellosen Empörung, die über die Köpfe der einflussigsten Führer hinweggeht und sich zum Glück auch nur gegen Gemeine des tiefempfundnen Unrechts statt gegen die wahren Schuldigen richtet.“

An Sozialisierung aller handwerklichen und konzentrierten Industrien, sowie der großen Güter denkt die jetzige Regierung so wenig wie ihre Vorgängerin. Und doch können wir nur mit Hilfe dieses Mittels dem bedrückten Chaos entgehen. Es führt kein anderer Weg zur Rettung aus diesen chaotischen Zuständen heraus.

Die Militaristen und deren Helfershelfer glauben und hoffen, daß sie mit Maschinenwaffen und Handgranaten die soziale Frage lösen können und durch Einrichtung der Monarchie und ganz besonders natürlich ihr altes Regime wieder zu erreichen bessere Zustände zu schaffen. Doch die Arbeiterklasse dabei in völlige Lohnnechtschaft geraten müßte, liegt auf der Hand. Dieser Plan könnte allerdings nur gelingen, wenn man zuvor die Arbeiter blutig niederdrückte. An diesem Plane arbeiten diese Herrschaften im ganzen Reich eifrig. Alle Reaktionen sind in diesem Punkte ein Herz und eine Seele. Erst errichteten sie neben der Reichswehr die Einwohnerwehren, Reichswehrformationen. Sie verschoben die aufgelassenen Truppenteile mit Waffen und Munition auf die großen Rittergüter, sie organisierten sie. Sie organisierten die Studenten und Hochschulräte und bewaffneten sie trotz Entlohnungsgefahr. Sie liehen die Kriegervereine über ihre Kontrolle. Und die Regierung ist machtlos dagegen. Der mächtigste Minister ist der oberste Kriegsminister General Seidl. Nachdem die Einwohnerwehren und Zellstreitkräfte ihrer Auflösung entgegengehen, hat sich eine neue Organisation aufzurufen. Ein bayerischer Fortschrittler ist der Vater dieser Gründung. Sie dehnt sich über ganz Deutschland aus; sie umfaßt die ehemaligen reaktionären Einwohnerwehren, Zellstreitkräfteverbände, Studentenformationen, sowie den Landbund organisierte auf dem Boden der Orgel, - so nennt sich der neue Bund - zusammen. Und wie in Mitteldeutschland, so haben Oberhess und seine Gefolgsleute im ganzen Reich gearbeitet. Ja, sogar über Deutschlands Grenzen hinaus sind sie gegangen und haben z. B. auch die reaktionären Österreichischen Heimats-

Wahl-Organisationen mit herangezogen. Ganz Deutschland ist wie Eberich bürgerlichen Journalisten in München mittelste, planmäßig in Reichs-Organisationen eingeteilt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß alle in Deutschland bestehenden legalen und illegalen bewaffneten Organisationen das Bürgertum in der Drangsal zusammengefaßt und der Leitung des Herrn Eberich unterstellt sind. In den einzelnen Orten ist dafür gesorgt, daß die örtliche Leitung in den Händen bewährter Reaktionsäre liegt. Beispielsweise steht in Marburg der Führer des Marburger Studententorps, das den fünfzehnjährigen Thaler-Wort auf den Gewissen hat, der Freigantkapitän von Seidow, an der Spitze. In Berlin ist der Generalfeldmarschall Janßen, der als Mitarbeiter des bekannten Hauptmanns Pabst schon beim Kapp-Putsch mitgewirkt hat, einer der Hauptmänner. Wie sicher und fest sich der neue Herr und Vorkämpfer Eberich fühlt, zeigt ein Telegramm, das er an den Reichspräsidenten geschickt:

Der preussische Minister des Innern hat ein Telegramm an die Oberpräsidenten geschickt, in dem er die Organisation Eberich als ungesetzlich bezeichnet und befehligt, gegen sie mit Verbot und Auflösung vorzugehen. Gegen dieses Recht und Gesetz verhöhrende Vergehen des preussischen Ministers erhebe ich schärfsten Protest! Ich werde kein mir verfassungsgemäß zur Verfügung stehendes Mittel unversucht lassen, um der Organisation, die ein G. B. ist, ihr Recht zu erkämpfen.

Mit großen persönlichen Opfern und Mühen ist es mir gelungen, alle zur Organisation gehörenden Verbände und Vereine verschiedener Richtungen unter meiner Leitung zu vereinen und auf einer, auf der Verwirklichung ausgebautes Programm zu verpflichten. Trotz meiner beruhigenden Einwirkung hat das Vergehen der preussischen Regierung, welches ganz offen gegen Artikel 124 der Reichsverfassung verstoßt, eine heftige Erregung innerhalb meiner Organisation hervorgerufen, für deren etwaige Folgen die preussische Regierung die Verantwortung zu tragen haben wird.

Nach wie vor lege ich die bestimmte Hoffnung, daß es der Reichsregierung doch noch gelingen wird, die Maßnahmen der preussischen Regierung, welche aus Antennennetz oder Mißachtung der Ziele und des Willens meiner Organisation getroffen sind, baldigst unwirksam zu machen. Auch heute noch will ich mich in meinem Vertrauen nicht betreten lassen und muß ausdrücklich verlangen, daß die Reichsregierung die in der Weimarer Verfassung garantierten Grundrechte der Deutschen auch für die Angehörigen meiner Organisation zu schützen wissen wird.

Ich bitte ergebenst, mir eine möglichst baldige Antwort zuzuschicken.

Gegeburg, den 12. August 1920.

Eberich
Es handelt sich nicht um eine Vereinsbildung, sondern um die planmäßige Bildung von bewaffneten Haufen, ein Vergehen, das nach dem Gesetz mit Gefängnis oder Zuchthaus bestraft werden kann. Die „Wohlfühlplauder“ sind die Eberichorganisation als „Reichsverband über ganz Deutschland und Deutschherren“ ausgedrückt.

Um die Korruption in Deutschland noch zu übersteigern, besteht eine militärische Spitzelzentrale, die mit gewaltigen Mitteln arbeitet und das öffentliche Leben verdirbt. Da wird über rote Armeen und deren Anschläge und Pläne in den Zeitungen berichtet, trotzdem kein Schatten davon wahr ist. Da werden kommunistische und bolschewistische Verschwörungen den ängstlichen Ephebern vorgeführt, obwohl diese nur in der Phantasie der Spitzel existieren. Persönlich, die in Wahrheit leben, aber auch hellenweise von den Spitzeln injiziert werden, damit sie ihre Unentbehrlichkeit darinnen.

Diese Organisation ist auch über ganz Deutschland ausgedehnt. Ein gemeinsamer Korruptionsfonds, von der Schwerindustrie, den Banken, dem Großhandel gespeist, steht der militärischen Spitzelzentrale zur Verfügung. Die Hauptaufgabe der Spitzel ist des ferneren auf die Befestigung der militärischen Macht gerichtet. Es gilt, die Arbeiterklasse wehrlos zu machen, die Allein herrschaft der Generalfeldmänner herzustellen.

In Magdeburg wurde jetzt ein solches Spitzelnetz ausgebaut; das Spitzelmaterial, was da gefunden wurde, stinkt zum Himmel. Und doch ist das nur eine Klotze der vielen!

Betriebsräte-Konferenz unseres Verbandes.

(Fortsetzung.)
Baum-Dresden: Der Fehler ist, daß die Zusammenkunft der Generalkommission nicht die Gewähr bietet, daß es notwendig geht. Das hat sich in der Frage der Arbeitslosenfürsorge, bei ihrer Stellungnahme zur Preisfestlegung für Getreide usw. gezeigt. Eine besondere Organisation der Betriebsräte erscheint überflüssig. Unorganisierte haben wir nicht anzuerkennen. Das Fachblatt sollte zur Unternehmung der Betriebsräte mehr tun, z. B. ist mehr Material über die Preisverhältnisse auf dem Rohstoffmarkt erforderlich.

Sandhäger-Berlin: Die Rätezentrale will nicht Verpfändung der Gewerkschaften, sondern Stärkung derselben. Wer eine Umformung derselben zu Industrieverbänden ist erforderlich. Niemand hat sich zuerst der Organisation der Betriebsräte angenommen, als der Kartellrat. Die Generalkommission (Kartell) lehnte

ausdrücklich jede Verhandlung ab, den Betriebsräten sollten nur Gewerkschaftsfragen zugewiesen werden. Zur Erledigung sozialpolitischer Fragen ist die Betriebszentrale notwendig. Die Aufgaben müssen abgegrenzt werden. In wirtschaftlichen Streits hat die Gewerkschaft das Recht in der Hand, die Betriebsräte sind aber auch politisch zu schulen. Die Betriebsrätezentrale hat mit Rätehochschulen den Anfang gemacht. Sie hat es für notwendig gefunden, auch die 8000 nicht freigezweigtlich organisierten Betriebsräte mit heranzuziehen.

Sörbing-Erfurt: Der Gewerkschaftsbund hat sich früher um diese Fragen nicht gekümmert; er hat in seiner Form gegen das Betriebsrätegesetz protestiert. Kein Mensch will die Gewerkschaften zertrümmern; aber Legien lehnt mir als Spitze der Betriebsräteorganisation ab. In Russland gab es keine Gewerkschaftsführer wie bei uns, die sich mit einem Stimmens an einen Tisch setzten. Die Betriebsräte sind Funktionäre, die auch zu politischen Tagesfragen Stellung zu nehmen haben. Wir in Erfurt haben bereits unsere Räteorganisation, in welche sämtliche Parteien ihre Vertreter entsenden. Es besteht ein Ausschuss von 15 Mitgliedern, von denen neun Betriebsräte sind. Die Organisation arbeitet in enger Fühlung mit den Gewerkschaften. Es ist Aufgabe der Gewerkschaften, durch Einrichtung von Kurien die Bildungsarbeit für die Betriebsräte in die Hand zu nehmen. Wir lehnen es ab, uns unter die Richtlinien der Generalkommission zu stellen.

Strom: Als Glied des Gewerkschaftsbundes können wir uns nicht außerhalb derselben stellen. Man hat die Konsequenzen zu überlegen, zu denen ein getrenntes Vorgehen führen müßte. Das müßte zur Zerreißen der Gewerkschaften führen, denn zwei Organisationen können nicht in ein und derselben Sache arbeiten. Wir haben schon zu viel Organisationen, deswegen nicht noch eine neue. Die Gewerkschaften sind nicht nur notwendig, nein, sie müssen erst geschaffen werden, auch für die kommende Epoche. Es ist ausgeschlossen, daß eine eigene Betriebszentrale bessere Erfolge versprechen kann. Lange Erfahrung sind notwendig, das lehrt die Praxis der Gewerkschaften. Den Räten die Entscheidung überlassen, muß zu Resultaten führen. Selbst gegen den Willen der Betriebsräte ist schon Streits entstanden. Es geht nicht, daß die Gewerkschaften die Kosten zahlen für die Anstellungen anderer. Nur durch die Rückwendung durch die Gewerkschaften bilden die Betriebsräte eine Macht.

Kuhn-Offenbach: Dem Streit um die Organisationsform der Betriebsräte wird außerhalb Berlins lange nicht die Bedeutung zugewiesen, als wie angenommen wird. Die Berliner und Erfurter haben manches gezeigt, was sie besser verstanden hätten. Unter eine Zentrale, die 8000 Nichtgewerkschaftler anerkennen will, kann ich mich nicht stellen. Warum sollen wir auch für die Betriebsräte nicht die Organisationen benutzen, die doch schon lange bestehen? Hier ist man für ein Zusammengehen mit Unorganisierten, meinen Vorschlag auf dem Verbandstag, mit den Christlichen zu brechen, hat man abgelehnt. Wir können kein Geld für jene hergeben, die nicht organisiert sind, deswegen wählen wir den Weg des Gewerkschaftsbundes.

Säcker-Schwannigen: Die Dummheit einer Trennung wollen wir nicht begehen. Vor unerantwortlichen Elementen ist zu warnen, bei der Auswahl der Betriebsräte hat man vorzüglich zu sein. Die Erfahrungen, die die Betriebsräte sammeln, sind wieder in der Gewerkschaft auszunutzen.

Mittwich-Stuttgart: Die Gewerkschaften sind nicht das, was sie sein sollten. In der unangriffsigen Frage haben sie zu spät eingegriffen. Die politische Stellungnahme am 13. März erfolgte nur, weil ein direkter Zwang vorlag. Ich begrüße die Klärung in Berlin, aber gegen eine eigene Organisation der Betriebsräte müßte ich mich wenden. Die Umarmungen aber bilden einen Weg, um den Boden für gemeinsames Arbeiten zu finden. Wir müssen unsere Organisationsformen dem politischen Kampfe nicht anpassen. Viele Gewerkschaften sind zu rückständig, um das zu erkennen. Die großen wirtschaftlichen Zentren sind die Brennpunkte des Kampfes. Dort genügt es nicht, die Betriebsräte nur beruflich zu erfassen. In Streitfragen haben die Betriebsräteorganisationen nichts zu bestimmen, wenn wir ihnen aber in anderen Fragen freie Hand lassen, dürfte es möglich sein, die Gewerkschaften ohne Erschütterung über die Frage hinwegzubringen. Nur eine Scheidung nach Zuständigkeitsfragen ist erforderlich.

Säcker-Dresden: Unsere Hauptaufgabe wird erst einmal darin bestehen, die Betriebsräte im Rahmen der Organisation beruflich zusammenzuführen. In diesem Sinne arbeitet auch der Metallarbeiterverband. Die als Betriebsräte sich bis heute noch nicht organisiert haben in der Gewerkschaft, trauen sich selbst zu viel Einfluss zu, den sie nicht besitzen. Dagegen müssen wir uns wenden und nur in enger Verbindung mit den Gewerkschaften arbeiten. Leg-Kürnberg: Unorganisierten können wir keine Verantwortung übertragen, am wenigsten solchen, die die Organisation verneinen, verantwortliche Kosten übertragen. Wir können uns in unserem Verulte freuen, bei Kämpfen auf die Unorganisierten keine Rücksicht mehr nehmen zu müssen, was wir früher manchmal gezwungen waren. In der Praxis ist es die Betriebsräte ja selbst, daß sie in der Gewerkschaft eine Rückwendung notwendig haben.

Sandhäger-Berlin: Die Berliner Betriebsrätezentrale hat es für ihre Pflicht erachtet, die nicht freigezweigtlich organisierten, zum Teil sozialistischen Betriebsräte auch mit heranzuziehen. Es gibt ganz große

Betriebe, die wir sonst gar nicht wohl erfassen können. Es kommt uns darauf an, in der Organisation beiden Teilen ihr Recht zu lassen.

Strom-Kürnberg (Schlußwort): Die Syndikalistik stehen auf dem Boden der Betriebsorganisation. Diese Ziele bilden einen unmöglichen Zustand, weil sie jede Solidarität und Allgemeinverantwortung untergraben. Die Betriebsrätezentrale hatte sich das Ziel gestellt, alle Hand- und Kopfbetter zusammenzufassen. Die Voraussetzungen hierfür sind aber vernichtet, da die Betriebsgemeinschaft freier Angestelltenverbände bereits mit der Generalkommission zusammengegangen ist und die Organisation auf gewerkschaftlicher Grundlage durchgeführt. Nachdem auch der Metallarbeiterverband sich dem angeschlossen hat, sind die Grundpfeiler jener Idee weggeschwunden. Wir dürfen die Angelegenheit nicht weiter komplizieren. Noch mehr Streitigkeiten in der Arbeiterbewegung sind von Uebel. Wir müssen uns mit der gegebenen Situation abfinden. Die Gewerkschaften können sich nicht von außen beeinflussen lassen. Ich bitte deshalb um Annahme der vorliegenden Resolution.

Einer von Kollegen Sandhäger vorgeschlagene Änderung der vorliegenden Resolution wurde nicht angenommen. Die Johann gegen vier Stimmen angenommenes Resolution hat folgenden Wortlaut:

„Die dem Zentralverband der Schuhmacher angehörenden Betriebsräte der Schuhindustrie, in Nürnberg zu einer Konferenz verammelt, erklären:

1. Das Betriebsrätegesetz entspricht nicht den Anforderungen, die von der Arbeiterkraft an ein Gesetz, welches diesen Namen verdient, gestellt werden können. Es verlangen, daß das Betriebsrätegesetz ausgebaut und inhaltlich so gestaltet wird, daß die Betriebsräte den Produktionsprozess im Interesse der produzierenden Arbeiter und der Verbraucher beeinflussen können.
2. Die Aufgaben, die die Betriebsräte zu erfüllen haben, können nur dann fruchtbringend gestaltet werden, wenn sie im engeren Zusammenwirken mit den aus reorganisatorischem Stande bestehenden Gewerkschaften und deren Vertretern ausgeübt werden. Die Konferenz verweist daher die Zusammenfassung der Betriebsräte in selbständige Organisationen.

Nur in der Zusammenfassung der Betriebsräte in den Gewerkschaften liegt die Gewähr, daß eine Verjüngung der Kräfte verbunden, die Einheit der Arbeiter in wirtschaftlichen Kämpfen gewahrt und den Betriebsräten jener Einfluß in den Betrieben gesichert wird, der sie befähigt, im Interesse der Gesamtheit fruchtbringende Arbeit zu leisten.

Als nächsten Punkt hatte die Konferenz die Aufstellung von Richtlinien für die Tätigkeit der Betriebsräte in der Schuhindustrie zu erledigen.

In seinem Referat zu diesem Gegenstand machte Kollege Steiner-Stuttgart u. a. folgende Ausführungen: In der Wirksamkeit der Betriebsräte ist zu unterscheiden zwischen Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben. Das im Betriebsrätegesetz auf letztere nicht Bezug genommen ist, kennzeichnet die ganze Halbsheit des Gesetzes. Dieses ist nichts als ein Glied in der Fortsetzung der Kriegspolitik, indem es sich in seinen Gedanken an das Hilfsdienstgesetz, die Schlichtungsordnung usw. anlehnt. Die grundlegenden Gedanken im § 17 weisen den Betriebsräten wirtschaftliche Aufgaben zu. Daß sie auch allgemeine soziale Aufgaben haben, wird erst in §§ 66 und 78 nachgeholt. Die früher bestandene Kluft zwischen Angestellten- und Arbeiterkraft hat der Gesetzgeber gefühllos und infamistisch im Unternehmerrinteresse aufgewiesen und im § 6 verortet. Diese Mängel müssen wir vereiteln. Die Zeit erfordert dringend eine Niederbrechung der Schranken zwischen Kopf- und Handarbeiter im Interesse der Verwirklichung der wirtschaftlichen Revolution. Die Arbeiter haben die heiligste Pflicht, die Korruption gegen das technische Personal auszuüben und in den Reihen nicht einfach die Unteroffiziere des Kapitalismus zu erblicken. Durch diesen Wust von Paragraphen dürfen wir uns nicht verwirren lassen. Um in diesem Bereich noch mehr Vorteile herauszufinden, als die Arbeiter sich schon vorher erkämpft hatten, dazu gehört Spitzindigkeit das Gegenstück ist aufzudecken. Das Gesetz steht im Widerspruch mit dem § 165 der Reichsverfassung, der im Interesse der allgemeinen Bevölkerung viel mehr verpricht. Unter der Bestimmung: „Der Betriebsrat hat die Betriebsleitung in der Erfüllung des Betriebszweckes zu unterstützen“ ist die Erzielung des größten wirtschaftlichen Gommens, die Erzielung des größten Nutzens bei möglichst geringem Aufwand von Rohstoffen und Arbeitskraft zu verstehen, und zwar im Interesse der Allgemeinheit. Der § 165 der Reichsverfassung legt deshalb, daß Arbeiter und Angestellte gleichberechtigt mit dem Unternehmer mitzuwirken haben. Mit der Materie übernimmt der Betriebsrat aber auch zugleich die moralische Verantwortung; er muß deshalb die Möglichkeit haben, seine Vorschläge auf ihren Erfolg zu prüfen. Aus diesem Grunde ist das Recht der Einschikung in alle Betriebsorgane erforderlich. Dieses Recht ist aber im § 71 des Betriebsrätegesetzes durch aus nicht in ausreichendem Maße festgelegt. Die Rechtsbehände des Unternehmerrates empfehlen, dem Betriebsrat nur soviel Rechte zuzugewehen, als es das Gesetz dem Buchstaben nach zuläßt; es steht die Möglichkeit offen, alles Mögliche und Unmögliche als „Betriebsgeheimnis“ zu bezeichnen. Dadurch sind den Betriebsräten in ihren wirtschaftlichen Aufgaben die größten Schranken auferlegt. Wie im Allgemeinen durch den Tarifvertrag, so sind in den einzelnen Betriebsparagrafen Grenzen festzulegen gegen übermäßige Ausnutzung der Körperkräfte durch den

Mitteilungen.

Altenburg. In der am 16. August stattgehabenen Mitgliederversammlung wurde sich in einer lebhaften Aussprache über unseren Gauleiter, Kollegen Kämmer, und besonders auch über die Leitung im Hauptvorstand bekehrt. Der Gauleiter läßt sich in Altenburg überhaupt nicht mehr leben, ob er es nicht für nötig hält? Wahrscheinlich hat man für die Schöharbeiter keine Zeit übrig. Nun sind wir Altenburger einmal alle Schöharbeiter und hier werden uns wohl auch verschiedene andere Beschlüsse recht geben müssen, daß von Seiten des Hauptvorstandes, sowie auch des Gauleiters, herzlich wenig, ja rein gar nichts für die Schöharbeiter geleistet wird. Lohnbewegungen usw. müssen wir ohne jede Unterstützung selbst ausrichten. Die Hauptsache ist nur, daß wir unsere Beiträge zahlen. Für was müssen wir Schöharbeiter nun diese Beiträge entrichten?, doch nur für die Herren Fabrikbesitzer, damit sie öfter einmal einen Streik von unserem Gelde in Szene legen können. Für die Kollegen in den Fabriken schafft man großartige Lohnsätze, wo bleiben wir aber? Wer sind denn nun eigentlich die Schöharbeiter, zum größten Teil doch nur solche, die von der Schuhmacherei keinen Pfennig Nutzen haben, als ungelernete Arbeiter in eine Schuhfabrik geraten und sich dann als Schuhmacher betradten, während wir als Schöharbeiter drei und vier Jahre lernen müssen, um sich dann mit Recht Schuhmacher nennen zu können. Ursprünglich sind die Schöharbeiter doch der Vater des Verbandes, leider aber durch die industrielle Entwicklung in den Hintergründchen gedrängt. Der Hauptvorstand und die Gauleiter möchten sich den Schöharbeiter etwas mehr widmen, sonst werden wir eines Tages erleben, daß sich die Schöharbeiter vom Zentralverband lösen und Lokalverbände ins Leben rufen. In diesem Falle werden sich wohl die Schöharbeiter so ziemlich einig sein. Hoffentlich werden sich noch andere 30.000 Meilen, welche nur oder zum Teil aus Schöharbeitern bestehen, über diese Angelegenheit äußern, für was haben wir denn unter angebliches Fachblatt, in Wirklichkeit ist es schon mehr Parteiergan und keine Fachzeitung. All dies möchte sich der Hauptvorstand sowie der Gauleiter einmal zu Herzen nehmen, damit sie wissen, daß sie in ihrem Verband auch noch einen ganzen Teil Schöharbeiter als Mitglieder haben, aber in der Zeit, ehe es zu spät ist.

Wir haben dieser Kampfanzeige Aufnahme gewährt, nicht allein, weil wir es für unsere Pflicht halten, jede, auch die rückständigste Anschauung zu Worte kommen zu lassen, sondern auch um zu zeigen, was für Aufklärung wir noch leisten müssen. Es ist das Altenburger Mitteil, auf denen diese Ansicht gemacht. Diese unkollegiale, unsozialistische und egoistisch-hochmütige Meinung gegenüber unseren Kollegen: in den Fabriken ist geradezu blamabel und kann den keinen Zünftler überboten werden. Wichtig ist nur, daß die Schöharbeiter zum größten Teil die eigentlichen Gründer des Verbandes waren. — „Reider“ — hat die Entwicklung der Schuhindustrie mit dem Handwerk und damit unter den Schuhmachern furchtbar aufgeräumt und wird weiter damit auftrümen, bis auf einen ganz geringen Prozentsatz. Statt sich nun mit den unabwehrbaren Tatsachen anzufreunden, stehen unsere Altenburger (d. h. nicht alle) da, wie die betrübten Lohbagger und sehen, wie ihre Felle fortstommen und schauen hochhaft spießbürgerlich auf ihre proletarischen Fabrikkollegen, von denen nicht jeder vier Jahre das ehrliche Schuhmachergewerbe erlernt hat, herab. Es ist auch nicht wahr, daß der Verband nichts für die Schöharbeiter getan. Fast in allen großen und mittleren Städten und auch in einer großen Anzahl kleiner Städte sind mit Hilfe des Verbandes Bestattungsstellen ein- und durchgeführt und wo es noch nicht geschehen, liegt es nicht an unserem Verband, sondern an den Kollegen am Ort. Die Altenburger resp. der Schreiber und seine Freunde befinden sich hart auf dem Holzwege, wenn sie glauben, daß sich die Schöharbeiter eines Tages von dem Verbande lösen werden. Die Kollegen im Schöharbeiter haben erkannt, daß nur in einem freien, selbstständigen Verband ihre Interessen gewahrt werden können und daß sie früher oder später Kollegen der Proleten in den Fabriken sein werden. Den Altenburger Schmerz über das „angebliche Fachblatt“ begreifen wir, weil es auch so rein gar nichts von der Altenburger Schöharbeiter versteht und verstehen will. Aber dieser Schmerz wird sicher noch größer, wenn unsere Altenburger Freunde einen Blick in die Gewerkschaftspresse werfen wollen, die die seit 1919 einen mächtigen Aufschwung gemacht hat. Wenn unsere Altenburger Freunde nicht eine ständige Mauer um Altenburg ziehen, werden wir sehr bald, daß die letzte Atmosphäre den Einkassisten in die bürgerlichen Kreise Altenburgs trägt.

Landsberg. Da hier am Orte noch viele Kollegen arbeitslos sind, und in vielen Mittern nach Arbeitern amnestiert wird, bitten wir die Kollegen, bevor sie hier

am Orte Arbeit annehmen, sich erst bei der Ortsverwaltung Erlaubnis einholen.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß für die 2. Woche vom 24. August bis 29. August der 35. Wochenbeitrag fällig ist.

Hilfsbeamter für den Bezirk 8, Sachsen und Schlesien, Sitz Dresden, gesucht.

Auf entsprechenden Antrag hat der Vorstand beschlossen, zur Unterstützung des Bezirksleiters in Dresden einen Hilfsbeamten anzustellen. Wir bringen hiermit diesen Posten unter unsern Mitgliedern zur Ausschreibung. Derselbe hat in der Hauptsache die schriftlichen Arbeiten zu erledigen, muß aber auch befähigt sein, den Bezirksleiter in allen agitatorischen und organisatorischen Angelegenheiten im Behinderungsfall vertreten zu können. Reflektiert wird daher auf eine tüchtige Kraft. Die Bewerber müssen mindestens fünf Jahre dem Verbande angehören.

Der Gehalt richtet sich nach den Beschlüssen des Verbandstages. Die Stelle soll bis 1. Oktober d. J. besetzt werden. Die Bewerber haben mit ihrem Bewerbungsschreiben auch einen kurzen Aufsatz über die Aufgaben eines solchen Hilfsbeamten einzureichen. Aus dem Bewerbungsschreiben muß das Alter, die Beschäftigung, sowie die bisherige Tätigkeit innerhalb der Arbeiterbewegung hervorgehen. Die Bewerbungsschreiben sind bis spätestens zum 18. September an den Vorstand einzureichen.

Den Ortsverwaltungen und Mitgliefern Fräuen wir hiermit zur Kenntnis, daß unter 2. Vorstehender, Kollege Weg, am 16. August seinen Posten im Vorstand angetreten hat.

Auf Grund des § 6 Abs. 1 des Statuts wurde folgenden Zahlstellen die Erhöhung, bezw. Einführung von Extrabeiträgen genehmigt:

- Bremerhaven: Vom 24. Woche ab 30 Pfg. pro Woche und Mittelteil.
- Braunschweig für die Monate Juli, August und September 30 Pfg. pro Mitglied und Woche.
- Chemnitz: 20 Pfg. pro Woche und Mittelteil.
- Darmstadt: Vom 1. August ab 25 Pfg. pro Woche und Mittelteil.
- Dresden: Vom 1. September ab 30 Pfg. pro Woche und Mittelteil.
- Eisenach: Vom 1. August ab 20 Pfg. pro Woche und Mittelteil.
- Hildesheim: Für die Monate Juli, August und September 3 Mark pro Monat und Mittelteil.
- Kassel: Vom 1. Juli ab 20 Pfg. pro Woche und Mittelteil.

Die Mitglieder genannter Zahlstellen machen wir darauf aufmerksam, daß die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge die Folgen des § 9 Abs. 2 nach sich zieht.

Vertikpflicht für die Arbeitslosen-Vorkassen. Die Vorkassentätigkeit für die Karten zur Berichterstattung über die Arbeitslosigkeit ist wieder aufgehoben worden. Die Karten sind in Zukunft also mit 30 Pfg. freizumachen, worauf zur Vermeidung von Strafporto ganz besonders hingewiesen wird. Der Hinweis auf Seite 228 unseres Jahrbuches, daß die Vorkassen kein Porto kosten und ohne Marke in den Briefkasten zu werfen seien, ist also hinfällig; es wird ersucht, diesen Passus in dem Handexemplar der Ortsverwaltungen zu streichen.

Wir erwarten, daß trotz dieser Menderung die Pünktlichkeit in der Berichterstattung von keinem einzigen Orte einen Abbruch erfährt. In Zeiten solcher außerordentlicher Arbeitslosigkeit wie jetzt, ist eine genaue Arbeitslosenrechnung äußerst notwendig und wertvoll. Der Verband hat die Kosten dieser Statistik nicht allein zu tragen. Die Ortsverwaltungen werden ihm im Ganzen aus öffentlichen Mitteln vergütet.

Die Doppelbriefstafeln zu 6 Mk. sind vergiffen. Dagegen ist eine Doppelbriefstafel mit 30 Pfg. und vier Fächern zum Preis von 8,50 Mk. eingetroffen.

Von den Doppelbriefstafeln zu 4 Mk. ist noch eine

Anzahl vorhanden, desgleichen von den größeren Mitgliefern, die sich zum Austragen des Fachblattes eignen. Preis 5 Mk. Genannte Tafeln werden zum Selbstkostenpreis an die Mitglieder abgeliefert und sind zu empfehlen. Bestellungen nehmen die Ortsverwaltungen entgegen. K r u s e r g, den 21. August 1920. Der Vorstand.

Veranstaltungs-Kalender.

Mitglieder-Versammlungen.

- Böckum, Montag, den 20. August, abends 8 Uhr im Lokal von Joh. Krey.
- Bremen, Montag, den 6. Sept., abends 7 1/2 Uhr pünktlich im „Gewerkschaftshaus“, Gauenstraße 68/90.
- Cleve, jeden Montag nach dem ersten, morgens 1/11 Uhr Versammlung im „Hotel Orterer“.
- Dortmund, Montag, den 6. Sept., abends 7 1/2 Uhr im Lokal Wilh. Wolf, Blinnabau, Ostwall 17.
- Durlach, jeden 1. Montag im Monat im Gasthaus „Zum Schwanen“.
- Eisleben, Sonntag, den 29. Aug., frühmorgens 10 Uhr Versammlung im Lokal Josef.
- Emden, Die Mitgliederversammlungen finden jeden ersten Mittwoch im Monat, abends 8 Uhr im „Correil-Klubhaus“ statt.
- Eggenfelden, Sonntag, den 4. Sept., nachmittags 2 Uhr im Gasthaus Moser.
- Friedenhausen, Mittwoch, den 1. Sept., abends 7 Uhr im Lokal „Zum Lamm“.
- Gera, jeden letzten Montag im Monat bei Rich. Michel, Breiterstr.
- Görlitz, Montag, den 6. Sept. im Restaurant „Lilior“.
- Hartpa, Montag, den 6. September abends 8 Uhr im Lokal „Jordhaus“.
- Hannover, Montag, den 6. Sept., abends 7 1/2 Uhr im Restaurations-Gaule des „Gewerkschaftshauses“, (Eingang durchs Restaurant).
- Hirschberg i. Schl., Montag, den 6. September, vorm. 9 Uhr im Gasthaus zum Hirschen, Markt 4.
- Kiel, Montag, den 6. Sept., abends 8 Uhr Versammlung im „Gewerkschaftshaus“, Simmer Str. 2.
- Leipzig, Montag, den 6. Sept., abends 7 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“, Simmer 1.
- Leipzig, Dienstag, den 7. Sept., abends 7 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“, Sonntagstraße 10-12, Simmer Str. 1.
- Lugau (Grenz.), Sonntag, den 4. Sept. 1920, abends 7 1/2 Uhr im „Lugauer Restaurant“.
- Ludwigsfelde, Montag, den 6. Sept., nachmittags 1/2 Uhr im Lokal West, alte Post- und Gellertstr.
- Melbri, Montag, den 6. September, abends 8 Uhr in der „Central-Verberger“, Lubertstr.
- Rienburg a. W., Montag, den 6. Sept., abends 7 1/2 Uhr im Lokal West, Bente, Bunters Straße.
- Schaap, Montag, den 6. Sept., abends 8 Uhr im Lokal „Gartenweg“.
- Reutlingen, Freitag, den 3. Sept., sofort nach Geschäftsbeginn „Gewerkschaftshaus“ Versammlung der gewerkschaftlichen Schöharbeiter.
- Stettin, Sonntag, den 28. Aug., abends 8 Uhr im „Schöharhaus“.
- Siebnitz, Montag, den 6. September abends 8 Uhr im „Gewerkschaftshaus“.
- Strasbourg, Montag, den 6. Sept., abends 8 1/2 Uhr.
- Stollberg, Sonntag, den 4. Sept., abends 8 1/2 Uhr im „Schöharhaus“.
- Schneeberg, Montag, den 20. Aug., abends 8 Uhr im „Lugauer Restaurant“, Lubertstr.
- Schneeberg, Montag, den 20. Aug., abends 8 Uhr im „Lugauer Restaurant“, Lubertstr.
- Walddorf (Sachsen), Montag, den 6. September, abends 8 1/2 Uhr im „Schöharhaus“.
- Wittenberg, Donnerstag, den 2. September, abends 7 1/2 Uhr im Lokal des Herrn Gert, Hauptstraße 37/38.
- Zwickau, Montag, den 30. August, nachmittags 5 Uhr Versammlung im „Brauer-Schloß“, Schloßstr.

Inhalts-Verzeichnis.

Betriebsrat-Kongress des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes. — Die europäische Krise und das Dreitausend. — Wo treiben wir hin? — Betriebsrat-Kongress unseres Verbandes. — Eine erste Wohnung an die Ortsverwaltungen! — Aus unserem Veru. — Mitteilungen. — Verbandsnachrichten. — Versammlungskalender.

Verantwortlicher Redakteur: Wilh. Bod, Gotha. Druck u. Verlag von Wilh. Bod u. Co., Gotha.

Nichts ist jetzt notwendiger
für jeden Kollegen als das
Studium der Fachzeitschrift
„Die Schuhmacherei“
Abonnementpreis pro Quartal Mark 5.—

Jung. Schuhmachergehilfe
fachlich, technisch durchgebildet, in feiner
Herren- und Dammenarbeit, welcher auch
Schäfte macht und modellieren kann
sucht Stellung.
Gefällige Anfragen unter N. 100 an die
Geschäftsstelle dieses Blattes.

In welcher Fabrik kann sich junger
Schuhmachergehilfe
als **Meister** ausbilden?
Werte Meister unter 500* an
die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Nachruf.
Nach langer schwerer Krankheit ver-
schied am 16. Aug. unser lieber Kollege
Curt Walter.
Sein Andenken wird in Ehren halten
Zahlsche Mäntel L. W.